

Dieser Beitrag ist erschienen in

Die geistigen Strömungen heute und das Problem der nachhaltigen Entwicklung.
Rohrbacher Manuskripte, Heft 12, Herausgegeben von Rudolf Rochhausen.
Rohrbacher Kreis, Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig 2006.
ISBN 3-9809165-7-X

Alle Rechte des Beitrags liegen beim Autor.

Der Beitrag kann unter den Konditionen der Creative Commons Lizenz BY-ND
(Namensnennung-Keine Bearbeitung 3.0) frei verbreitet werden.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de>

Vertrieb des ganzen Hefts durch Osiris-Druck Leipzig,

<http://www.osiris-onlineshop.de>

INHALT DES HEFTS

Kurt Reiprich: Vorwort	5 - 7
Rudolf Rochhausen: Erfolge von Science heute – Wozu überhaupt noch Philosophie?	8 - 26
Gotthard Klose: Deutschland – Ausstieg aus der Kernenergie?	27 - 44
Wolfgang Methling: 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050	45 - 56
Werner Deich: Zur Auswirkung des demographischen Faktors auf das globalisierte Verhältnis von Kapital und Arbeit (Thesen)	57 - 59
Ruth Milachowski: Neoliberalismus – Was ist das?	60 - 76
Reinhard Mocek: Hat sich die Menschheit abgefunden mit der Herrschaft eines destruktiven Geschichtssubjektes?	77 - 89
Reinhold Krampitz: Die Arbeit geht uns aus – scheinbar. Was tun? Innovationsfeld Stoffkreislaufwirtschaft	90 - 104
Hans-Gert Gräbe: Geistiges Eigentum, Gemeineigentum und die Eigentumsfrage. Ein Plädoyer gegen geistiges Eigentum als Konzept	105 - 111
Anhang	
Luise Neuhaus: Durch ein Studium für das Leben lernen?	112 - 116
Hans-Gert Gräbe: Ankündigung einer Veranstaltungsreihe <i>Leben und Gestalten im Informationszeitalter</i>	117 - 120

RUTH MILACHOWSKI

Neoliberalismus – Was ist das?

Die verstärkten Forderungen der Vertreter des Neoliberalismus/Neokonservatismus nach weltweitem Freihandel und nach Einschränkungen staatlicher Regulations- und Steuerinstrumente, u.a. im sozialen Bereich, werden seit Ende des Ost-Westkonflikts in der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung allgemein mit dem Begriff »Neoliberalismus« belegt. Seit Ende der siebziger Jahre gewann der Neoliberalismus, unter dem angeblichen »Sachzwang der Globalisierung, weltweit an Einfluss und entwickelte sich bis zur Gegenwart zur vorherrschenden Überzeugung in den Wissenschaften, der Politik und bei einem großen Teil der Bevölkerung. Linke Regierungen in Europa übernahmen neoliberale Inhalte, ohne zu erkennen, dass damit die von Neoliberalen ausgerufenen konservative Revolution eingeleitet wurde, die Herrschaft der Märkte über die Gesellschaft.

Unter dem Begriff »Neoliberalismus« wird Unterschiedliches verstanden. Oftmals wird unter dem Neoliberalismus eine Politik im Profitinteresse einer relativ kleinen Gruppe erfasst. Vielfach wird der Neoliberalismus auch als Ideologie der Unfehlbarkeit des unregulierten Marktes definiert.

In meinen folgenden Ausführungen möchte ich einen Beitrag zu den Diskussionen um den Begriff »Neoliberalismus« leisten. Nach meiner Auffassung wird der Neoliberalismus durch drei Charakteristika gekennzeichnet:

Das erste Charakteristikum ist die Kennzeichnung des Neoliberalismus als eine ökonomische Theorie. Der Neoliberalismus bezieht sich auf eine bedeutende wissenschaftliche Theorie der letzten zwei bis drei Jahrhunderte, auf den klassischen ökonomischen Liberalismus. Der ökonomische Liberalismus wurde von den Klassikern der Volkswirtschaft Adam Smith, Thomas Robert Malthus und John Stuart begründet, die damit gleichzeitig die Wirtschaftswissenschaften zum Range einer selbstständigen Disziplin entwickelten. Die Vertreter des klassischen ökonomischen Liberalismus wandten sich gegen den Absolutismus, gegen die von Staatsmännern und Verwaltungsbeamten dirigierte Ökonomie des merkantilistischen Zeitalters, die vor allem in Frankreich bis zur Revolution 1789 ausgeprägt war. Dem klassischen ökonomischen Liberalismus liegen zwei theoretische Positionen zugrunde:

Erstens: Zentrales Prinzip des klassischen ökonomischen Liberalismus ist das Laissez-Faire-Prinzip. In der Ökonomie bezeichnet dieser Begriff die Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft. Er beinhaltet Freihandel, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit und freien Wettbewerb. Der Freihandel wird als wichtigste Quelle des materiellen Wohlstands angesehen.

Zweitens: Diese frei sich entwickelnden Kräfte, die unentbehrlich für die Verfolgung des Gesamtinteresses sind, gelangen von selbst zu harmonischen Beziehungen, da der Marktmechanismus, das Spiel von Angebot und Nachfrage, das Gleichgewicht zwischen vielen einzelnen Interessen herstellt. Eine Knebelung der individuellen Freiheit, wie sie die merkantilistische Politik durch viele Regulierungen vollzog, drosselt nach Auffassung der klassischen Vertreter des ökonomischen Liberalismus das Einzelinteresse der Betriebe als den Motoren des Wirtschaftsprozesses, die ihn um so stärker in Gang setzen, und dem Gesamtinteresse um so besser dienen, je freier sie sich betätigen können.

Das Scheitern der klassischen ökonomischen liberalen Theorie und die ihr entsprechende Politik wurden durch die Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren verdeutlicht. Sie bewirkte innerhalb des liberalen Lagers Positionsveränderungen.

Die theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus als einer sich auf die inneren Kräfte des Marktwirtschaftsmechanismus orientierenden Wirtschaftstheorie, wurden während der dreißiger Jahre erarbeitet und zu Beginn des zweiten Weltkriegs von Walter Eucken, dem führenden Theoretiker des Neoliberalismus, in einem Lehrbuch unter dem Begriff »ORDO-Liberalismus« zusammengefasst. Der »ORDO-Liberalismus« entstand als Reaktion auf die Zwangswirtschaft des Faschismus, den sich verstärkenden Einfluss der nachfrageorientierten makroökonomischen Regulierungstheorien des Keynesianismus und auf den sich entwickelnden Sozialismus. Seit 1948 haben sich fast alle bundesdeutschen Regierungen auf Walter Eucken, dem maßgeblichen wissenschaftlichen Vertreter des »ORDO-Liberalismus«, berufen.

Im Mittelpunkt der theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus steht das »ORDO-Prinzip«, das Denken in »Wirtschaftsordnungen«. Der »ORDO-Liberalismus« orientiert sich, wie der klassische ökonomische Liberalismus, an den inneren Kräften des Marktes. Er weist jedoch gegenüber der klassischen ökonomischen Theorie Besonderheiten auf. Nach dem »ORDO-Prinzip« sind auf der Basis wirtschaftsgeschichtlicher Analysen verschiedenartiger Wirtschaftsordnungen zu unterscheiden, die sich nach Abstraktion von ihrem konkret-historischen Merkmalen auf zwei Grundtypen reduzieren lassen: auf die so genannten Idealtypen, die »Zentralverwaltungswirtschaft«, und

die »Verkehrswirtschaft«. Das entscheidende Kriterium für die Unterscheidung der einzelnen Wirtschaftsordnungen besteht nach Auffassung der Neoliberalen allein in der Art und Weise, wie die wirtschaftlichen Entscheidungen innerhalb eines sozialen Gemeinwesen zustande kommen, ob sie von einer zentralen Stelle aus, der »Zentralverwaltungswirtschaft«, oder aber von den einzelnen Wirtschaftssubjekten selbst, durch ihr Gegenübertreten auf dem Markt, der »Verkehrswirtschaft«, getroffen werden.¹ Wird als wesentliches Kriterium für die Differenzierung der Wirtschaftsordnungen die Art und Weise angesehen, wie die wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden, dann beinhaltet diese Position die Konsequenz, dass die menschliche Gesellschaft in eigenem Ermessen die ihr genehme Wirtschaftsordnung wählen kann, also keine Gesetzmäßigkeiten im historischen Ablauf wirken. Konsequenterweise lehnen die Neoliberalen den Determinismus in der Ökonomie ab. Von prominenten Vertretern des Neoliberalismus, wie Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, den Herausgebern einer Schrift mit dem Titel »Soziale Marktwirtschaft«, ist diese Grundposition bestätigt worden. »Der Glaube ... dass der geschichtlichen Entwicklung bestimmte Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen, deren Kenntnis eine Vorhersage möglich macht, ... muss ... als Aberglaube zurückgewiesen werden.«² Walter Eucken vertrat gleichzeitig die Auffassung, dass eine »Verkehrswirtschaft, die die demokratische Gesellschaft kennzeichnet«, eine »Politik der Wettbewerbsordnung«³ erfordert. Nach seiner Auffassung vermag es nur eine gut funktionierende Wettbewerbsordnung, die Menschen nicht bloß vor wirtschaftlicher Not, sondern auch vor den Gefahren eines »totalitären Regimes« zu bewahren.

Die Theorie der Wettbewerbsordnung wird durch zwei Kriterien gekennzeichnet:

- Erstens: durch die Marktformtheorie. Sie zählt zu den wesentlichen Elementen der bürgerlichen Ökonomie bis in die Gegenwart. Die Marktformtheorie verlagert alle ökonomischen Beziehungen in die Zirkulation. Werden sowohl die Angebots- und auch die Nachfrageseite des Marktes ausschließlich durch gleichberechtigte und untereinander konkurrierende Unternehmen charakterisiert, so herrscht im Sinne der Marktformtheorie vollständige oder freie Konkurrenz. Das die Zirkulationssphäre beschreibende Marktschema der neoliberalen Wirtschaftstheoretiker stellt sich als ein System der Gleichgewichtigkeit und der Herrschaft der Konsum-

¹ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 2004, S. 63, S. 93-95.

² Soziale Marktwirtschaft: Ordnung der Zukunft. Manifest 72. Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1972, S. 184.

³ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. S. 318.

menten über die Wirtschaft mit der rationellsten Methode der Bedarfsdeckung dar. Diese vollständige oder freie Konkurrenz ist ein Ordnungsprinzip des Marktes.

- Das zweite Kriterium der Wettbewerbsordnung ist die Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen. Hier unterscheidet sich der Neoliberalismus grundsätzlich vom klassischen ökonomischen Liberalismus. Eine direkte Reglementierung des Marktes durch den Staat lehnten auch die Neoliberalen ab. Der Staat erhielt jedoch die Aufgabe, die vollständige Konkurrenz, den funktionsfähigen Wettbewerb, zu schützen. Vor allem die westeuropäischen Staaten setzten die neoliberalen Theorie der Wettbewerbsordnung in ihre Politik um. Sie ergänzten den ordnungspolitischen Rahmen für die Konkurrenz durch entsprechende Steuer- und Preispolitik nach der Formel von Walter Eucken um: »Staatliche Planung der Formen ja, - staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein.« Hinzu trat, als Reaktion auf die Nachkriegsperiode und das Entstehen des Sozialismus, eine wohlfahrtsökonomische Strategie, die in Deutschland unter dem Begriff »Soziale Marktwirtschaft« Bedeutung erlangte. Diese Strategie strebte Vollbeschäftigung, staatliches Bildungswesen und soziale Absicherung durch den Staat vor elementaren Risiken an. In Frankreich gingen die staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf mit der »planification en detail« erheblich weiter, als in Deutschland.⁴ - Eine absolute Herrschaft des Marktes über die Gesellschaft wurde von den Neoliberalen in der Nachkriegszeit abgelehnt. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, erhielt Verfassungsrang. Die Restauration des Großkapitals wurde jedoch durch den Neoliberalismus ebenso wenig verhindert, wie die erste Wirtschaftskrise nach dem II. Weltkrieg in den Jahren 1966/67.

Nach dem Paradigmawechsel zu der von John Maynard Keynes begründeten nachfrageorientierten, makroökonomischen Wirtschaftstheorie, traten bereits Mitte der siebziger Jahre auch die Grenzen des Keynesianismus, seiner Wirtschaftstheorie und der ihm entsprechenden Wirtschaftspolitik, hervor. Wirtschaftliche Stagnation, hohe Inflationsraten und wachsende Arbeitslosigkeit, wurden dem Keynesianismus angelastet. Vor allem nach dem Scheitern des Sozialismus in den ehemaligen Warschauer Paktstaaten, Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, waren staatsinterventionistische Wirtschaftsmodelle in der öffentlichen Meinung diskreditiert. Die Vertreter einer nachfrageorientierten Makropolitik gerieten noch weiter in die Defensive. Das Modell der an-

⁴ Claus Noé: Staatenlose Marktkräfte versus Kultur der Zivilgesellschaft. In: Globalisierung – Der Schritt in ein neues Zeitalter. Berlin 1997, S. 87.

gebotsorientierten Marktwirtschaft gewann an Bedeutung. Die Angebotstheorie, die seit Ende der siebziger Jahre zunächst in den USA an Einfluss gewann und mit solchen Namen wie G. Gilder, A. Laffer, I. Wanniski und J. Kemp verbunden ist, geht in ihrem Kern auf die bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch den französischen Ökonomen J.B. Say entwickelte Theorie zurück, »wonach sich jedwedes Angebot über das damit produzierte Einkommen auch die hinreichende Nachfrage« schafft.⁵ Staatliche Eingriffe in den Markt werden für kontraproduktiv erklärt, da, wie der führende Vertreter des Neoliberalismus der Gegenwart, R. Hayek erklärt, nur die unsichtbare Hand des Marktes die bestmögliche Allokation gewährleisten könne. Der Markt produziere zwar Ungleichgewichte, die aber langfristig ohne staatliche Regulation ausgeglichen werden könnten. Zur Bekämpfung dieser angeblich vorübergehenden Ungleichgewichte, die Arbeitslosigkeit und Armut bedeuten, seien sozialstaatliche Maßnahmen kontraproduktiv, weil sie den Beschäftigungsmarkt verzerrten.⁶

Die Angebotsökonomie, die ökonomische neoliberale Theorie der Gegenwart, lässt sich auf vier Grundelemente reduzieren: »Regulierung des Geldmengenangebots, Beseitigung der vorgeblich innovations- und investitionshehmenden staatlichen Eingriffe, profitstimulierende Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen vor allem im Sozialbereich.«⁷ Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus und als Reaktion auf den vermeintlich unbeeinflussbaren »Sachzwang der Globalisierung« gilt das Modell der angebotsorientierten Marktwirtschaft als alternativlos. Es bestimmt, nachdem fast alle Länder kapitalistisch geworden sind, weltweit die Politik der Regierungen.

Das zweite Charakteristikum des Neoliberalismus ist die ökonomische Politik. Der neoliberalen Politik sind alle anderen Politikbereiche wie die Sozialpolitik, die Bildungs-, Kultur- und Umweltpolitik, untergeordnet. Die neoliberale Wirtschaftspolitik ergänzt die Strategie der multinationalen Unternehmen zur Realisierung von Höchstprofitten in der sich verschärfenden globalen Konkurrenz.

Die spezifische Form der internationalen Arbeitsteilung in der Gegenwart, die sich beschleunigende Globalisierung der Wirtschaft, und die damit verbundene weltweite Öffnung der Märkte, ist in eine neue Phase getreten. Der Umfang des Welthandels ist

⁵ Manfred Braun, Günter Krause: Zur Kritik politökonomischer Grundlagen der gegenwärtigen US-amerikanischen Wirtschaftspolitik. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin 1983 Heft 5, S. 681/682.

⁶ Rainer Zuehör: Die Globalisierungslüge. Bad Honnef 1998, S. 22.

⁷ Geschichte der politischen Ökonomie. Grundriss. Berlin 1985, S. 549.

heute mehr als fünfzigmal größer, als am Ende des Zweiten Weltkrieges. Allein in den Jahren von 1990 bis 1994 hat das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt etwa fünfmal so rasch zugenommen, wie das Weltsozialprodukt. Die Auslandsinvestitionen wachsen seit den achtziger Jahren mit 22 Prozent wesentlich schneller, als der Welt-handel. Damit ist auch die Bedeutung multinationaler Unternehmen erheblich gestie-gen. Die rund 40000 international agierenden Konzerne mit ihren 250000 Auslandsnie-derlassungen sind die wichtigsten Akteure der Globalisierung. Globalisiert hat sich auch der internationale Kapitalverkehr. Der Umsatz auf den Devisenmärkten übertrifft heute den Welthandelsumsatz um das siebzigfache. Mit der Globalisierung der Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital »entsteht gleichzeitig ein Weltarbeitsmarkt mit einem weltweiten Wettbewerb kostengünstiger Arbeitsplätze.«⁸ Die Globalisierung der Wirtschaft wäre ohne die revolutionierende Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie nicht möglich geworden. Zugang zu und Verfügung über Wissen, Information und Kommunikation sind nach Boden, Kapital und Arbeit, zum vierten Produktionsfaktor geworden. Globalisierung der Wirtschaft, und ihr entschei-dendes Kriterium, die Globalisierung der Märkte, bedeutet, dass für die multinationalen Unternehmen traditionelle Standorte keine Rolle mehr spielen. »Nach dem kalten Krieg ist das eingetreten, wovon in früheren Zeiten Feldherrn und Könige, später die nationale Bourgeoisie kapitalistischer Nationalstaaten träumte, die nahezu vollständige Freiheit des Kapitals von nationalstaatlicher Kontrolle.«⁹ Heute kann sich Kapital immer erfolg-reicher den in den sozialstaatlichen Demokratien notwendigen Erhöhungen der Sozial-standards, der demokratischen Kontrollsysteme und seiner Steuerpflichten entziehen.¹⁰ Während bei Walter Eucken der Staat den Ordnungsrahmen für die Wirtschaft setzt, entscheidet bei dem führenden neoliberalen Theoretiker der Gegenwart, bei R. Hayek, der souveräne Finanzier über die gesellschaftliche Ordnung. Ernest Gellner, einer der beachtetsten Gesellschaftsphilosophen in der Bundesrepublik, betont: »Es ist eine be-dauerliche Folge des Zusammenbruchs der marxistischen Unma, dass einige darin eine Rechtfertigung für die völlige Unterordnung der Gesellschaft unter den Markt sehen.«¹¹

⁸ Hans-Dietrich Genscher: Globalisierung – Chance oder Gefahr? In: Globalisierung –Der Schritt in ein neues Zeitalter. Berlin 1997, S. 4.

⁹ Hans See: Weltwirtschaftsverbrechen, Nationalstaatspolitik und soziale Demokratie. In: Globali-sierung –Der Schritt in ein neues Zeitalter. Berlin 1997, S. 196.

¹⁰ Ebenda: S. 185.

¹¹ Claus Noé: Staatenlose Marktkräfte versus Kultur der Zivilgesellschaft. S. 87.

Gleichzeitig erwarten auch finanzkräftige Unternehmen Konzessionen vom Staat. Eine Weltbankstudie aus dem Jahr 2000 belegt, dass zwei Drittel aller ausländischen Direktinvestitionen nicht in einem anderen Land durchgeführt worden wären, wären nicht Subventionen und Vergünstigungen gewährt worden. In den Jahren 1993/94 bezahlte z.B. der Siemenskonzern in Deutschland 98 Millionen an Steuern. Er erhielt jedoch im gleichen Zeitraum 194 Millionen an staatlichen Forschungsmitteln. Die Tatsache, dass weit weg von allen Mahnungen Walter Euckens, denen zufolge der Vermachtung der Märkte durch staatliche Wettbewerbspolitik entgegenzuwirken ist, sich »global players« jeder Art von nationalen Wettbewerbsregelungen entziehen, wirkt zugleich »als Hebel zur Durchsetzung der konservativen Revolution in der Innenpolitik.«¹² Die Nationalstaaten werden auf den Status eines Produktionsstandorts herabgedrückt.

Die neoliberale Politik der Gegenwart, mit ihrem Hauptbestandteil, der Wirtschaftspolitik, ist Standortpolitik. Ihre Aufgabe besteht darin, in- und ausländischem Kapital die bestmöglichen Bedingungen der Kapitalverwertung in der globalen Standortkonkurrenz zu gewährleisten. Die für die neoliberale Standortpolitik heute weltweit geltenden Kriterien sind unter den Bezeichnungen »Reagonomics« und »Thatcherismus« bekannt geworden, mit der die angebotsorientierte Theorie in eine nach mikroökonomischen Effizienzkriterien ausgerichtete Wirtschaftspolitik umgesetzt werden soll. Sie beinhalten die Liberalisierung transnationaler Waren-, Dienstleistungs- und Finanztransaktionen, die Deregulierung durch den Abbau von staatlichen Auflagen und Vorschriften, Privatisierung, d.h. Verringerung des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft, Geldwertstabilität, Senkung der Sozialausgaben. Auf die zunehmende Globalisierung könnte, so wird von den Neoliberalen betont, die Standortpolitik nur mit einem internationalen Wettbewerb um möglichst niedrige Unternehmenssteuern, Tariflöhne, Sozialleistungen und Umweltstandards antworten. Bereits in der Vergangenheit hat in Deutschland die damalige CDU-CSU-Regierung umfangreiche Maßnahmen durchgesetzt, die den Standort Deutschland stabilisieren, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sichern sollten. Es sei erinnert an die Abschaffung der Vermögens- und Kapitalsteuer, an die Privatisierung von Bahn, Post und Telekom, an die Reformierung des Kündigungsschutzes, des Schlechtwettergeldes, des Jugendarbeitsschutzes, an die Befristung von Arbeitsverträgen.¹³ Die SPD, die sich als »Partei der Neuen Mitte« versteht, hat nach der Regierungsübernahme zunächst eine pragmatische und sachbezogene Kombination von An-

¹² Ebenda: S. 90.

¹³ Oskar Lafontaine, Christa Müller: Keine Angst vor Globalisierung. Bonn 1998, S. 12/13.

gebots- und Nachfragepolitik deklariert. Bereits nach kurzer Zeit ihrer Regierungstätigkeit erklärten Vertreter der Rot-Grünen Koalition, den Sozialstaat vor dem Hintergrund der Globalisierung der Wirtschaft und der nationalen ökonomischen Krisenerscheinungen, als nicht mehr finanzierbar.

Dabei wurde von der Rot-Grünen Regierung auf drei spezifische Aspekte verwiesen, die aus ihrer Sicht eine grundlegende Reform des Sozialstaates erfordern:

- Erstens: Die starke außenwirtschaftliche Position Deutschlands soll stabilisiert werden. Deutschland exportiert mehr als jedes andere Land und erzielte 2004 den höchsten Exportüberschuss in der Welt. Es hat einen Anteil von 10% am Weltexport. Seit Jahren ist die deutsche Wirtschaft von zwei grundlegenden widersprüchlichen Entwicklungen gekennzeichnet: einerseits durch schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, Rückgang der Binnennachfrage und zunehmende Finanzierungsprobleme des Staates. Andererseits ist Deutschland das wettbewerbsfähigste Land der Welt. Gemessen an den Exporterlösen gehört Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung. Dabei werden die höchsten Exportquoten von den Großunternehmen ausgewiesen. Nur etwas mehr als 1% der Unternehmen in Deutschland tragen entscheidend zum Export bei. 1597 Großunternehmen tätigen mehr als drei Fünftel des bundesdeutschen Exports. Gleichzeitig gingen die von Binnenwirtschaft verursachten Wachstumsimpulse zurück. Alle drei großen Bestandteile der Inlandnachfrage, der private Konsum, auf den mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entfallen, der Staatskonsum und die Anlageinvestitionen, haben 2004 im Vergleich zum Jahr 2000 abgenommen. Gegenüber dem Jahr 2000 lag die Inlandnachfrage um fast 28 Mrd. € niedriger und der Außenbeitrag um fast 81 Mrd. höher.¹⁴ Die Brisanz der weltweit einmaligen gespaltenen Wirtschaft hat weder in der dominierenden neoliberalen ökonomischen Theorie noch in der Politik ihren Niederschlag gefunden. Stattdessen wird dem Standort Deutschland eine internationale Wettbewerbsschwäche angedichtet und ungeachtet aller Exporterfolge eine massive Kostenkrise vorausgesagt. Derartige Behauptungen laufen immer darauf hinaus, »die Arbeitskosten als zu hoch, die Arbeitsmärkte als zu rigide und das System der Sozialleistungen als leistungshemmend«¹⁵ darzustellen.
- Zweitens: Das internationale Kapital soll verstärkt an den Standort Deutschland gebunden werden.

¹⁴ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM. Köln 2005, S. 12.

¹⁵ Ebenda: S. 14.

Während deutsche Unternehmen auf der ganzen Welt präsent sind, verliert der Standort Deutschland für in- und ausländische Investoren an Attraktivität. Von 1986 bis 1995 haben deutsche Unternehmen 221 Mrd. DM im Ausland investiert. Das Ausland investierte dagegen nur 36 Mrd. DM in Deutschland. Nach wie vor geht der Großteil der deutschen Investitionen, 70%, in die Hochlohnländer Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, sowie in die USA. In den Jahren 1998 bis 2001 gingen dagegen 9,5% der deutschen Direktinvestitionen in die Niedriglohnländer Asiens und Osteuropas, insbesondere nach Polen, Tschechien und Ungarn.¹⁶ Deutschland steht bei Standortentscheidungen somit primär im Wettbewerb mit hochentwickelten Volkswirtschaften.

Die Tendenz zur Globalisierung des wirtschaftlichen Engagements gilt nicht nur für Großunternehmen, sondern zunehmend auch für mittelständische Betriebe. In Deutschland werden als Mittelstandsunternehmen Betriebe mit einer Beschäftigtenanzahl unter 500 bezeichnet. Das sind 3 Millionen oder mehr als 98 % aller Betriebe in der Bundesrepublik. Die Mittelstandsunternehmen tragen mehr als die Hälfte zur gesamten unternehmerischen Wertschöpfung bei. Sie beschäftigen rund zwei Drittel der Arbeitnehmer und sie bilden 80% der Lehrlinge aus. In der Europäischen Union arbeiten 75% der Arbeitskräfte in mittelständischen Unternehmen. Auf sie entfällt ein ebenso hoher Anteil der gesamten Produktion. Gerade in den Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit in Europa das drückendste wirtschaftliche Problem ist, erwarten Politiker vor allem vom Mittelstand, Abhilfe.¹⁷ Auch mittelständischen Unternehmen investieren jedoch, vor allem aus Kostengründen, verstärkt im Ausland. Die wachsenden Auslandsaktivitäten von deutschen Mittelstandsbetrieben werden durch Angaben der DG Bank verdeutlicht. Danach haben bereits 7 % der mittelständischen Unternehmen große Teile ihrer Produktion, vorwiegend in die Länder Mittel- und Osteuropas, verlagert. 4% planen, diese noch zu tun. Die Strategie, im Ausland zu investieren, wird in erster Linie von den größeren Unternehmen des Mittelstandes genutzt. Von den Unternehmen mit über 50 Mio. Umsatz hat jedes vierte bereits im Ausland investiert.¹⁸ Die kleinen mittelständischen Unterneh-

¹⁶ Klaus Herrmann: Industriestandort Deutschland im globalen Wettbewerb. In: Globalisierung – Der Schritt in ein neues Zeitalter. Berlin 1997, S. 50.

¹⁷ Michael Heise: Die Zukunft des Mittelstandes im globalen Zeitalter. In: Globalisierung – Der Schritt in ein neues Zeitalter. Berlin 1997, S. 25.

¹⁸ Ebenda: S. 28/29.

men, von denen in den vergangenen Jahren der Zuwachs an Beschäftigten getragen wurde, begegnen der verschärften Konkurrenz am Standort Deutschland mit Rationalisierung und Beschäftigungsabbau. Sie sind vom Rückgang der Binnennachfrage besonders betroffen. Die Insolvenzen, vor allem von den kleineren Mittelstandsbetrieben, sind im vergangenen Jahrzehnt ständig gestiegen. Sie erreichten 2004 den Rekord von 4000. Die Schwächung des Binnenmarktes ist zugleich eine Ursache für mangelnde Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik.

- Drittens: Herausforderungen durch die demographische Entwicklung.
So falsch es ist, aktuelle Finanzierungsprobleme mit der demographischen Entwicklung erklären zu wollen, so falsch wäre es auch, die zukünftig zu erwartenden Herausforderungen als Folge des Altersumbruches zu ignorieren. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Finanzierung der Alterssicherung entscheidend von der Entwicklung des Arbeitsmarktes, vom Abbau der Arbeitslosigkeit, und der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, deren Wachstumsraten von Produktivität und vom Einkommen der Beschäftigten abhängt.¹⁹

Die Rot-Grüne Regierung in der Bundesrepublik erklärte, dass die beschleunigte Globalisierung und die Alterung der Bevölkerung einen Problemdruck geschaffen hätten, der weitergehende Reformen, als in der Vergangenheit, erfordert. Das Hauptproblem für die Wirtschaft, das geringe ökonomische Wachstum sowie die Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte und das soziale Hauptproblem, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, sollen durch den Um- und Abbau des Sozialstaates gelöst werden. »Durchgreifende Reformen«, die mit der »Agenda 2010« eingeleitet wurden, sollen die schwächelnde Wirtschaft beleben, ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern und »die Gesellschaft insgesamt zukunftsfest« gestalten.²⁰ Mit der »Agenda 2010« setzte die Rot-Grüne Regierung die Angebotsökonomie in die Politik um. Sie wurde dabei von der damaligen CDU-CSU Opposition unterstützt. Die Bestandteile der »Agenda 2010« sind:

- eine Gesundheitsreform, »deren Kern eine Verteuerung und Verschlechterung der medizinischen Versorgung für die große Mehrheit der Bevölkerung ist«²¹, eine Rentenreform, die erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik, zur Reduzierung der Renten geführt hat,

¹⁹ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM 2004. Köln 2004, S. 89.

²⁰ Ebenda: S. 18.

²¹ Ebenda: S. 22.

- eine Arbeitsmarktpolitik »Hartz IV«, mit der ein neues Konzept der »aktiveren Arbeitsmarktpolitik«, »Fördern und Fordern«, durchgesetzt werden soll, und die als Kompensation für Sozialleistungen »Arbeit um jeden Preis« verlangt. Dabei nähert sich die Kombination von staatlichen Unterstützungsleistungen und zunehmend autoritärem Druck der Grenze zur Zwangsarbeit,²²
- das Vorziehen einer Steuerreform. Einerseits sollten Steuersenkungen die Investitionen der Unternehmen und den Konsum der privaten Haushalte fördern und über den Nachfrageimpuls die Steuereinnahmen steigern. Andererseits sollten durch einen strikten Sparkurs die Staatsausgaben gesenkt werden. Tatsächlich vergrößern sich seit der Einführung der Steuerreformen die jährlichen Steuerausfälle auf rund 60 Mrd. €. Die Steuerquote sank innerhalb der letzten vier Jahre von 24,5 % auf 22 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Folge waren weitere Kürzungen der öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich, sowie die Zunahme der Verschuldung durch die Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme. Steuerliche Entlastungen der Gewinne haben weder private Investitionen noch das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen gefördert. Im Zeitraum von 1993 bis 2003 stiegen die Gewinne der Kapitalgesellschaften um 81%, die Gewinnsteuern lediglich um 3 Prozent.²³ Die Investitionen sanken um 11,3% und sie gingen seit 2004 noch weiter zurück. Überdurchschnittlichen Entlastungen von Unternehmern, Beziehern von höheren Einkommen und von Kapitalerträgen, haben zudem kaum zu einem zusätzlichen privaten Konsum geführt. Steuereinsparungen werden vorwiegend auf den Finanzmärkten zur Erzielung von Spekulationsgewinnen angelegt. Die unterdurchschnittlichen Entlastungen im Bereich niedriger Einkommen wurden durch zwanghafte staatliche Sparpolitik, vor allem durch Kürzungen der Sozialleistungen, neutralisiert. Keine der eingeleiteten Reformen im Rahmen der Agenda 2010 macht die Gesellschaft »zukunftsfest«. Sie sind vielmehr Bestandteil einer Gegenreform, die die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt.

Neoliberale Standortpolitik erfolgt auch von regionalen Institutionen. Die Regionalisierung wird mit dem Begriff der Triade umschrieben. Darunter wird der Übergang zu den multipolaren wirtschaftlichen Gravitationsfeldern, USA, Ostasien und Europa, erfasst. Die Triade ist als Antwort auf die verschärfte globale Konkurrenz entstanden. Mehr als die Hälfte des Welthandels findet zwischen und innerhalb der Triade statt. Die

²² Ebenda: S. 10.

²³ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM 2005. Köln 2005, S. 20.

Regionalisierung ist eine spezifische Form der neoliberalen Globalisierung der Wirtschaft. Dementsprechend ist das Ziel neoliberaler Politik der EU, die insbesondere ökonomische Politikbereiche erfasst, die den europäischen Binnenmarkt betreffen, die Prioritäten von Markt und Wettbewerb in der EU durchzusetzen. Auch die von der Mehrheit dieser Völker gewünschte Osterweiterung der EU ist diesen neoliberalen Prinzipien untergeordnet. Sie wird vom westeuropäischen Kapital genutzt, um das ökonomische Potential im Ringen der Weltwirtschaftszentren um globale Hegemonie zu stärken. Freier Markt und uneingeschränkte Konkurrenz, als neoliberale Grundprinzipien einer ökonomischen Entwicklung, wurden auch zu Leitlinien des Entwurfs einer europäischen Verfassung. Gleich drei Mal wird betont, dass die Mitgliedstaaten »ihre Politik in Übereinstimmung mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb« durchführen müssen. Bereits seit Mitte der neunziger Jahre hat die EU Europas Dienstleistungsmärkte für Finanz-, Telekommunikations-, Energie- und Verkehrsdienstleistungen geöffnet. Die Folge war ein Abbau von 750 000 Arbeitsplätzen. In den letzten zwei Jahren hat die EU eine Reihe von weiteren Maßnahmen ergriffen, durch die politische Regulierungen der Märkte vollständig abgeschafft und der Wettbewerbsdruck erhöht werden soll. Dazu gehört die Absicht der EU Kommission, den Binnenmarkt für Dienstleistungen vollständig zu liberalisieren, ohne sich jedoch über soziale Mindeststandards zu einigen. Die Dienstleistungsrichtlinie der EU Kommission stellt zugleich einen frontalen Angriff auf den öffentlichen Sektor in den Mitgliedsländern dar, indem sie den Vorrang der Gesetze des Marktes auch für den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen etabliert. Die Kritik der Bevölkerung an der Dienstleistungsrichtlinie, die auf ruinöse Konkurrenz, Unterwanderung sozialer Standards und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen abzielt, war so stark, dass die Europäische Kommission sie zur Überarbeitung zurückziehen musste.

Seit dem Jahr 2005 erlebt die EU die tiefste Krise seit ihrem Bestehen. Sie äußert sich u.a. in der Unfähigkeit der Regierungen der EU Mitgliedsländer, eine Einigung über den EU Haushalt zu erzielen und der Ablehnung der EU Verfassung durch die Mehrheit der Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden. Generell wächst der Gegendruck der Völker gegen die neoliberale nationale und EU-Politik der Aufkündigung sozialer Kompromisse zugunsten der Herrschaft der multinationalen Unternehmen.

Neoliberale Politik der nationalen und regionalen Produktionsstandorte, die einseitig die Globalisierung der Wirtschaft fördern, haben zu erheblichen Wohlstandsgewinnen bei allen beteiligten Ländern, insbesondere in den OECD-Ländern, den führenden 29

Industriestaaten der Welt, geführt. Obwohl die Bevölkerung in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart von 2,3 Milliarden auf 5,6 Milliarden zugenommen hat, liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen weltweit heute etwa dreimal so hoch, wie 1950. Doch zugleich öffnet sich die Schere zwischen armen und reichen Ländern weiter. Das reichste Fünftel der Länder hatte 1960 dreißigmal soviel Einkommen wie das ärmste Fünftel. 1995 war das Verhältnis auf 74 : 1 angestiegen.

Künftig ist nicht damit zu rechnen, dass dieser Trend sich wirklich umkehrt. Auch in den führenden Industrienationen der Welt, den OECD Ländern, nimmt die soziale Polarisierung zu. Es gibt mehr Reiche und mehr Arme, die Mittelschicht wird reduziert.

Die proklamierten Ziele der neoliberalen Politik »Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Wohlstand für alle« wurden in keinem der OECD Länder verwirklicht. Ihre Versuche, auf den Weltwirtschaftsgipfeln, das magische Vieleck von »Wachstum, Beschäftigung und Stabilität bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht« zu verwirklichen, sind seit Ende der achtziger Jahre ergebnislos geblieben.²⁴

Im März 2000 erklärten die Regierungschefs der Europäischen Union auf dem Gipfel in Lissabon, die EU solle bis zum Jahr 2010 Vollbeschäftigung erreicht haben und im Laufe des Jahrzehnts zum »wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt« werden. Diese Perspektiven haben sich als unrealistisch erwiesen. Das Wirtschaftswachstum in der EU sank von 2,2% im Jahr 2000 auf 1,8% im Jahr 2004. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft lag 2004 mit 1,6% an viertletzter Stelle unter den 25 Ländern der EU. Für das Jahr 2005 wird lediglich ein Wirtschaftswachstum von 0,7% vorausgesagt. Dabei liegt das Wachstum der östlichen Bundesländer erheblich unter demjenigen der westlichen Bundesländer. Die Produktivität, gemessen am Inlandsprodukt je Erwerbstätigkeit in Preisen, fiel in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland von 61% im Jahr 1996 auf unter 59% im Jahr 2002.²⁵

Die Arbeitslosenquote in der EU betrug, bezogen auf die abhängigen zivilen Personen, im Jahr 2000 8,6%. Sie stieg bis zum Jahr 2004 auf 9%.

In der Bundesrepublik erreichte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2004 die Rekordhöhe von 5 Millionen. Die Arbeitslosenquote betrug 11,7%, wobei die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 20,1% doppelt so hoch war, wie in Westdeutschland. Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zu (länger als ein Jahr ohne Beschäftigung). Waren 2003 noch 34,8% Langzeitarbeitslose, so stieg ihr Anteil 2004 auf 38,4%. In Ostdeutschland lag er

²⁴ Claus Noé: Staatenlose Marktkräfte versus Kultur der Zivilgesellschaft. S. 91.

²⁵ Deutsche Bank Research: Perspektiven Ostdeutschlands. Nr. 306 v. 10. November 2004, S. 44.

sogar bei 43%. Unter Zurechnung der stillen Reserve und der verdeckt Arbeitslosen fehlen in Deutschland ca. 8 Millionen Arbeitsplätze. Die ökonomische Entwicklung der zurückliegenden drei Jahrzehnte hat gleichzeitig verdeutlicht, dass Wirtschaftswachstum allein das Problem der Arbeitslosigkeit nicht löst. Die Globalisierung der Konkurrenz hat zur Folge, dass ganze Unternehmen und Wirtschaftszweige unrentabel werden und sich der Strukturwandel beschleunigt. Vor allem in den Hochtechnologiebereichen, die in der Investitionsgüterindustrie dominieren, werden auch bei künftigen Produktionszuwächsen keine zusätzlichen Arbeitskräfte benötigt. Im Jahr 2020 werden nur noch 25% aller Erwerbstätigen in der Industrie arbeiten. Das neue Problemlösungsphänomen der entwickelten Volkswirtschaften heißt »jobless growth«, Wachstum ohne Beschäftigungsentwicklung.²⁶

Die zunehmende soziale Differenzierung in der Bundesrepublik, die durch die neoliberale Politik des flächendeckenden Sozialabbaus beschleunigt wird, äußert sich u.a. im Sinken des Arbeitnehmeranteils am Zuwachs des Volkseinkommens. In der Bundesrepublik betrug der Anteil des Arbeitnehmerentgelts am absoluten Zuwachs des Volkseinkommens im Jahr 2002 64%, 2003 16% und 2004 2,2%. Fast der gesamte Volkseinkommenszuwachs des Jahres 2004 in Höhe von 45 Mrd. € floss in Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Während in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren die Vermögen der 10 Prozent Reichen um 48% stieg und die Großkonzerne jährlich Gewinnmargen von 18 Prozent und mehr erreichten, sinken seit 2000 die Reallöhne. Der jüngste deutsche Armutsbericht weist aus, dass die Armutsquote mit Einkommen unter 670 € im Zeitraum von 2000 bis 2005 von 9% auf 13% der Bevölkerung gestiegen ist. Nach Aussagen des Präsidenten des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, hat sich allein als Folge von Hartz IV die Zahl der von Sozialhilfe lebenden Kinder bundesweit verdoppelt. In Berlin fällt inzwischen jedes dritte Kind unter die Armutsgrenze. In den USA, dem reichsten Land der Welt, wächst die Armut. 46 Millionen US-Bürger sind ohne Krankenversicherung. Kinderarmut und -sterblichkeit haben im Vergleich zu anderen englischsprachigen Ländern den höchsten Stand erreicht.²⁷ Der Haushaltsplan der USA für das Jahr 2005 wird die soziale Polarisierung verstärken. Er sieht eine umfangreiche Streichung der Ausgaben für Soziales und Umwelt, zugleich die größte jährliche Steigerung der Rüstungsausgaben in der Geschichte der USA von 500 Mrd. US Dollar

²⁶ Klaus Herrmann: Industriestandort Deutschland in einem globalen Wettbewerb. In: Globalisierung – Der Schritt in ein neues Zeitalter. Berlin 1997, S. 50.

²⁷ Adam Chomsky: Profit over people. Hamburg, Wien 2000, S. 138.

auf 580 Mrd. Dollar vor. Ein Zehntel des Verteidigungshaushalts der USA würde ausreichen, um für alle US-Bürger Minimalstandards in der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik zu sichern.

Die langfristige Abnahme des Wirtschaftswachstums und die Zunahme der Arbeitslosigkeit in fast allen OECD Ländern hat die Positionen der Gewerkschaften geschwächt und den Arbeitgebern mit Hilfe der neoliberalen Politik, erlaubt, immer neue Umverteilungsrunden zu Lasten der Beschäftigten durchzusetzen. Die Strategie von Großunternehmen ist nicht nur darauf gerichtet, explosionsartige Gewinne und weiterhin günstige Gewinnerwartungen zu sichern. Sie zielt darauf, »weltweit die gesellschaftlichen Machtverhältnisse grundlegend und langfristig zugunsten von Vermögen und Kapital und zu Lasten der Arbeit und gesellschaftlichen Solidarität zu verändern.«²⁸ Insofern wird die neoliberale Politik zu einer reinen Interessenspolitik, die die Ängste der Menschen vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, für eine beschleunigte Umverteilungspolitik instrumentalisiert. Die Angebotstheorie und die ihr entsprechende neoliberale Politik mutieren zu einer Ideologie.²⁹

Die Ideologisierung der Angebotstheorie und der ihr entsprechenden Politik ist das dritte Charakteristikum des Neoliberalismus. Am treffendsten hat Karl Marx den Begriff Ideologie dargestellt. In Auseinandersetzung mit der Geschichtsphilosophie Hegels und Feuerbachs formulierte Marx einen Begriff von Ideologie der die Merkmale falsches Bewusstsein, historische Notwendigkeit und Praxisbedeutung in der gesellschaftlichen Realität miteinander verknüpft. Insofern dieses Denken die Orientierung in der jeweils für diese Gruppe (Klasse) bedeutungsvolle Weltsicht bietet, ist es notwendig.

Insofern die partikulare Sicht einer Gruppe als universelle Sicht ausgegeben wird, ist es falsches verzerrtes Bewusstsein. Im Anschluss an Marx hat die marxistische Kritik einerseits den illusorischen Charakter eines sich von materiellen Bedingungen unabhängig denkenden Bewusstseins hervorgehoben (Friedrich Engels, Franz Mehring), andererseits die positive, bewusstseinsbildende, damit politisches Handeln bestimmende Ideologie »des richtigen proletarischen Bewusstseins« betont (Lenin). Später überwiegt bei Georg Lukasc und Ernst Bloch sowie den Vertretern der Frankfurter Schule Max Horkheimer, Theodor W. Adorno die Position, ihre Ideologiekritik nur noch aus der Negation des bestehenden Verblendungszusammenhangs zu sehen.³⁰ Heute wird auf

²⁸ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM 2005, S. 15.

²⁹ Rainer Zuehör: Die Globalisierungslüge. Bad Honnef 1998, S. 5/6.

³⁰ Brockhaus Enzyklopädie. Mannheim 1989 Bd. 10, S. 375.

unterschiedlichsten Ebenen der Begriff Ideologie vorwiegend unter dem Maßstab von Wahrheit diskutiert. Es überwiegt die Position, dass Ideologien keine Wahrheitskriterien zugrunde liegen. Danach spiegelt die Ideologie die materielle Welt und die Gesellschaft falsch, mit einem falschen Bewusstsein, wider und sie kann von Klassen zur geistigen Unterdrückung verwandt werden. Dementsprechend wird Ideologisierung als eine Denk- und Handlungsweise gekennzeichnet, die vorgegebene weltanschauliche Positionen als Maßstab für alle Vorgänge auf politischem, gesellschaftlichem, wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet betrachtet. Im Sinne der herrschenden Denkmuster wird kritische Sachbezogenheit abgelehnt.³¹ Fehlende kritische Sachbezogenheit kennzeichnet auch den Neoliberalismus der Gegenwart. Den »neuen« Neoliberalen geht es nicht um die wissenschaftliche Begründung ihrer Politik, sondern um einen durchaus religiös zu nennenden Glauben an die Unfehlbarkeit des Marktes. Wenn im Hinblick auf die Tatsache, dass z.B. im Jahr 2004 die 30 DAX-Unternehmen in der Bundesrepublik 35 000 Arbeitsstellen abgebaut, einen Gewinn von 35,7 Mrd. € erzielt und 15 Mrd. € an die Aktionäre verteilt haben, Vertreter des Neoliberalismus unablässig betonen, dass letztlich auch die breiten Massen von höheren Gewinnen profitieren, dann erweist sich dies angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und der Zunahme der sozialen Polarisierung als reine Ideologie.

Charakteristisch für die Ideologisierung durch den Neoliberalismus der Gegenwart, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt, ist der Paradigmawechsel von bürgerlich-demokratischen Werten der Zivilgesellschaft, zu Werten, die durch die Herrschaft des Marktes über die Gesellschaft geprägt werden. Der Neoliberalismus der Gegenwart unterscheidet sich somit grundlegend von der neoliberalen Politik der Nachkriegsära in Form der Sozialen Marktwirtschaft. Die neoliberale Politik der Erhard Ära verteidigte den Kapitalismus, da er »am besten individuelle Präferenzen aufnimmt.«³² Zugleich versuchte sie, Werte wie Pluralität, Chancengleichheit und Gerechtigkeit durchzusetzen und Verteilungswirkungen des Kapitalismus durch staatliches Handeln abzumildern. Der Neoliberalismus der Gegenwart setzt sich dagegen für eine >>Freiheit<< ein, die vom Markt verteilt wird, d.h. die Kultur der westlichen Zivilisation muss sich ökonomisch lohnen. Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit sind nur insoweit erstrebare Güter, als sie der ökonomischen Effizienz dienen.³³ Einer der führenden

³¹ Ebenda: S. 376.

³² Claus Noé: Staatenlose Marktkräfte versus Kultur der Zivilgesellschaft. Globalisierung. S. 86.

³³ Ebenda: S. 86.

Theoretiker der Neoliberalen, der US Amerikaner Milton Friedmann, betont in seinem Buch »Kapitalismus und Marktdemokratie«, dass das Gewinnstreben zum Wesen der Demokratie gehört und jede Regierung, die nicht vorbehaltlos auf Marktstrategien setze, antidemokratisch sei. Wir erleben täglich, wie die Bush Administration im Kampf um geostrategische Veränderungen zur Gestaltung einer »Neuen Weltordnung«, diese neoliberalen Wertvorstellungen von Freiheit und Demokratie der ganzen Welt vermittelt.

Beenden möchte ich meine Ausführungen mit den Hinweisen eines führenden Neoliberalen der Sozialen Marktwirtschaft, Karl Schiller, der sich mit der Relation von Ökonomie, Freiheit und Gerechtigkeit befasste. »Der Ökonom muss auch immer betonen, dass seine Wertvorstellungen wie materielle Wohlfahrt, volkswirtschaftliches Gleichgewicht, hohe Beschäftigung ihrerseits unter dem Gesetz von obersten gesellschaftlichen Werten wie Freiheit und Gerechtigkeit stehen.«³⁴

(Manuskriptabschluss am 30.Sept.2005. Ruth Milachowski)

³⁴ Ebenda: S. 94.